

18. November 2011

Stellungnahme zum Sandbag-Bericht „Klimagoldesel“

Während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 ist es zu einem historisch beispiellosen Einbruch der Stahlproduktion um fast 30 Prozent gekommen. Dies war mit einem Rückgang der CO₂-Emissionen verbunden. Ein entsprechender Anteil der für das Krisenjahr zugeteilten Emissionsrechte wurde daher nicht benötigt. Es lässt sich daraus aber nicht der Schluss ziehen, die Stahlindustrie sei ein „Nutznießer“ des europäischen Emissionsrechtehandels, wie dies die britische Nicht-Regierungsorganisation „Sandbag“ in ihrer Studie „Klimagoldesel“ mit offensichtlichen und schwerwiegenden methodischen Fehlern behauptet.

Richtig ist: Für die Stahlunternehmen ergeben sich wegen der Krise Zertifikate, die nach den Regeln des Emissionsrechtehandels auf die Periode ab 2013 übertragen werden können. Die Zuteilung im Emissionshandelssystem 2008 - 2012 erfolgt ex ante – so hat es die EU explizit beschlossen. Sie orientiert sich im Wesentlichen am langfristigen Durchschnitt einer historischen Produktion. Letztlich ist es irrelevant, ob Zertifikate aufgrund technischer Verbesserungen oder Minderproduktion nicht benötigt werden: Die Emissionen sind in beiden Fällen geringer.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Krise brachte für die Stahlunternehmen in Deutschland Milliardenverluste – allein 2009 rund 1,6 Milliarden Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen auch in der Krise unvermindert anfielen. Die Behauptung, durch die wirtschaftliche Verwertung überzähliger Zuteilungsmengen würden hohe Gewinne realisiert, greift deshalb nicht.

Die bisher nicht verbrauchten Zertifikate werden für die Stahlindustrie in den kommenden Jahren nichts an dem Grundproblem ändern, denn die EU-Kommission hat im Emissionsrechtehandel für den Zeitraum ab 2013 CO₂-Benchmarks beschlossen, die 17 Prozent unter den durchschnittlichen Emissionen der Anlagen in Deutschland und dabei zum Teil 10 Prozent unter dem technisch überhaupt erreichbaren Niveau liegen. Durch die in der zweiten Handelsperiode (2008-2012) nicht verbrauchten Zertifikate ließen sich von dieser Fehlmenge lediglich wenige Prozentpunkte ausgleichen. Daher müssen weiterhin in großem Umfang Zertifikate zugekauft werden, ohne dass die Unternehmen eine Chance haben, alternativ durch technische Verbesserungen auf die Unterdeckung zu reagieren. Die Stahlindustrie bleibt daher durch den europäischen Emissionshandel gegenüber außereuropäischen Regionen in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedroht.

Wer jetzt eine weitere Verknappung der Zuteilung fordert, setzt den Industriestandort Deutschland aufs Spiel. Nötig sind stattdessen eine Korrektur der Benchmarks auf ein technisch machbares Niveau und eine Kompensationsregelung für emissionshandelsbedingte Strompreissteigerungen.

Die Stahlunternehmen in Deutschland nehmen bei der Ressourceneffizienz im weltweiten Vergleich Spitzenwerte ein: Pro Tonne Roheisen emittieren Hochöfen in Deutschland heute rund 60 Prozent weniger CO₂ als noch vor 50 Jahren. Hätten alle Hochöfen weltweit das technische Niveau der Anlagen in Deutschland, würde das allein eine Einsparung von rund 180 Millionen Tonnen CO₂ bewirken. Der hocheffiziente Umgang der Stahlerzeuger mit Energie und Rohstoffen garantiert der Stahlindustrie in Deutschland einen Spitzenplatz im weltweiten Vergleich – wovon Umwelt, Klima und unsere Wettbewerbsfähigkeit genauso profitieren wie unsere Mitarbeiter und unsere Kunden in den Wertschöpfungsketten. Zudem leistet die Stahlindustrie in Deutschland durch ihre Produkte aktiv einen substantziellen Beitrag zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und damit zum Klimaschutz. Umweltschützende Produkte aus Stahl wie Windräder, hocheffiziente Turbinen zur Energieerzeugung oder leichtere Automobilkarosserien vermeiden sechsmal so viel CO₂, wie bei ihrer Herstellung entsteht.

Nur wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie gegenüber außereuropäischen Standorten gewahrt bleibt, können die Unternehmen diesen Vorteil auch zum Nutzen für die Umwelt weiter einbringen.